

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt 1. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Seitensetzung täglich und zweimal wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Ausgabezeit: 1 Uhr 50 Min., ohne Werbung, 10 Pf. abweichen. Auflage 100000. Ver-
gütung: Sozialstaatliche Abstimmungsergebnisse. Herausgeber: Dr. v. Stengel. Redakteur: Dr. v. Stengel. Herausgeber: Dr. v. Stengel. Herausgeber: Dr. v. Stengel.

Unterstützt werden die sozialen Belange oder deren Anstrengungen mit
15 Pf. bestimmt bei Überprüfung bestehender Rabatte.
Gebührenfrei, Steuerfrei auf Geschäftsbücher in Dresden.
Vereinbarungen mit dem Konsulat für 1906.

r. Die englischen Neuwahlen.

Sir Campbell-Bannerman zog bereits am 8. Januar die Konsequenz aus seiner am 11. Dezember 1905 erfolgten Übernahme der Regierung; er löste das Unterhaus auf und ordnete allgemeine Neuwahlen an, die schon in der nächsten und übernächsten Woche stattfinden werden, doch dürfte erst gegen Ende des Monats das Resultat sich genau feststellen lassen. Allgemein rechnet man mit dem Sieg der Liberalen und ihrer Freunde. Die Konservativen also, die seit 20 Jahren das Land beherrschten, werden eine höchst empfindliche Niederlage erleiden, die wohl verdiente Ernte der 20-jährigen Saat. Ganz England, darf man fast sagen, hat das Regiment der Konservativen fort. Auf der anderen Seite steht allerdings fest, daß die liberale Mehrheit allein nicht sehr groß sein wird, wenn sie auch auf ihre Freunde rechnen kann. Vielleicht erringen die Liberalen trotz der Unbeliebtheit der Konservativen nicht einmal die Mehrheit; sie müssen auf die Arbeiterpartei und die Iren sich stützen können, und diese haben die Heereshilfe im allgemeinen auch zugesagt.

Das englische Unterhaus besteht aus 670 Mitgliedern, die sich in Konservative, Liberale, Iren (Homeruler, Nationalisten) und Arbeitervertreter teilen. Die Konservativen werden auch „Unionisten“ genannt, da sie gegen Homerule (gegen eine selbständige Regierung Irlands) sind und die Union, das Bündnis zwischen Großbritannien und Irland, aufrecht erhalten wollen. In den letzten zwei Parlamenten von 1895 bis 1900 und 1900 bis 1905 hatten die Konservativen eine Mehrheit von 150 bis 80 Stimmen über die Liberalen, Iren und Arbeiter zusammengenommen. Die konservative Regierung hatte also eine jahre Stütze und war von den übrigen Parteien ganz unabhängig. Dies ist selbstdarbend das Ideal einer parlamentarischen Partei. Die letzte liberale Regierung in den Jahren 1892 bis 1895 hatte keine selbständige Mehrheit gehabt und war auf die Hälften der Iren, die gewöhnlich etwa 80 Mann stark sind, angewiesen, befand sich also in einer ganz ungünstigen Lage:

denn im parlamentarischen Leben muß man für jede Hilfe zahlen, und die Zahlung an die Iren heißt „Homerule“, über deren Zweckmäßigkeit die liberale Partei sich nicht einigt, so daß sie darüber zur Spaltung und Schwächung gelangen muß. Der Ruf Homerule hat nun auch für die begonnene Wahlbewegung bereits Bedeutung erlangt; ein großer Teil der Liberalen selbst will von einer besonderen Regierung in Dublin nichts wissen. Ist daher die Mehrheit der Liberalen eine geringe, so kann es gar bald zu Differenzen in dieser kommen und der Sturz wäre unvermeidlich. Dann würde Chamberlain mit seiner Kollusion an die Regierung kommen; damit rechnen bereits Freund und Feind, und die jetzige Wahlbewegung ist auch schon von dieser Aussicht durchdrungen, daher die größten Anstrengungen, die liberale Mehrheit zu einer sehr großen zu machen. Die Arbeitervertreter hingegen haben kein Interesse an einer sehr starken liberalen Mehrheit. Sie sagen sich vielmehr, daß je stärker die liberale Mehrheit ist, desto geringer ihr Einfluß sein wird; ist diese nur schwach, so muß sich das liberale Kabinett mehr auf die Iren und Arbeiter stützen, d. h. auch mehr auf diese Rücksicht nehmen. Die beiden letzten Parteien hingegen machen sich bereits mit dem Gedanken vertraut, daß sie unter der liberalen Regierung nicht allzuviel erreichen werden und es deshalb gut sei, diese wohl zu unterstützen, aber sich für die Zukunft zu rüsten, und so denken sie bereits an eine gemeinsame Fraktion der „demokratischen Linken“. Damit wäre die historische Zweiteilung des englischen Parlaments in Liberale und Konservative befeistigt, indem dann eine dritte Fraktion sich bilden würde. Auf dieser Grundlage spielt sich der gesamte Wahlkampf ab.

Die Konservativen sind im Wahlkampf nicht einig; sie treten in zwei großen Gruppen auf. Die Anhänger Chamberlains treten offen für Lebensmittelzölle auf, um das Reich durch einen Vorzugsstarkt zusammenzuschließen; selbstverständlich sind sie gegen Homerule, da die strategische Lage Irlands eine derartige sei, daß England die volle Gewalt über diese an Englands westlicher Flanke liegenden Inseln haben müsse; aber schon unbedingt sind sie gegen Homerule, weil ja der imperialistische Gedanke an sich „Zusammenhalt großer Gebiete und Richterfüllung des Reiches“ bedeutet. Die Anhänger Balfours und die konservativen Freihändler kümmern sich scheinbar weniger um die Zollpolitik als um die Homerulefrage, und beschuldigen die Liberalen, daß diese die Union zwischen Großbritannien und Irland auflösen wollten. Sie flammern sich an einer Frage, an der die liberale Partei bereits zweimal (1886 und 1895) Schiffbruch gesunken ist. Hassen wir die Wahlprogramme der beiden großen Parteien zusammen, so sehen wir die Liberalen sagen: „Wir wollen den Freihandel schaffen, der von den Konservativen bedroht wird.“ Die Konservativen sagen: „Wir wollen die Sicherheit Englands schützen, die von den Liberalen bedroht wird.“

Die Irlander haben 103 Abgeordnete zu wählen; davon sind 21 konservativ und 82 unionistisch, d. h. diese gehen mit den Liberalen. Unter Gladstone war diese Gesellschaft eine unbedingte; die Autorität des „old man“ war eine solche große, daß er jede Opposition in der Gesellschaft unterdrücken konnte. Aber seit dem Tode desselben ist manches anders geworden. Die Nationalisten, wie sie sich nennen, sind stärker geworden und hatten Unglück in der Führung. Obwohl zum größten Teil, fast ausschließlich sogar,

sich auf katholische Wähler stützend, hatten sie protestantische Führer. Der große O'Connell war der einzige bedeutende katholische Kopf unter ihnen und er ist schon lange tot; sein Andenken lebt wohl noch weiter; aber die Nachfolger in der Führung missbrauchen oft ihre Wähler zu ihrem Einfluß für persönliche Wünsche. Als ganz selbstverständliche darf angegeben werden, daß trotz dieser Schattenseiten die Unionisten alle ihre Mandate behalten werden.

Die Arbeiterpartei tritt diesmal mit besonders großen Hoffnungen in den Wahlkampf ein; sie ist nicht zu verwechseln mit der Sozialdemokratie. In der Arbeiterpartei besteht wohl auch eine sozialdemokratische Unterströmung, aber sie hat bis jetzt nicht sehr viel Erfolge aufzuweisen. Der beste Beweis liegt darin, daß sie auch nur neun Kandidaten aufgestellt hat. Die eigentliche Arbeiterpartei ist die gewerkschaftliche Arbeiterpartei; diese hat 50 Kandidaten aufgestellt, darunter auch die seitherigen vier Arbeiterabgeordneten. Mehr als 20 Mandate aber werden Arbeiterpartei und Sozialdemokratie kaum erhalten; dagegen sind unter den liberalen Kandidaten eine erhebliche Anzahl von Arbeitern und diese dürfte gute Aussichten haben und das um so mehr, als es in England keine Stichwahlen gibt. Ein Wahlgang entscheidet und die relative Mehrheit genügt. Der Wahlgang selbst aber dauert 10 Tage hindurch. Auffallend ist es auch, wie gering die Zeit für die eigentliche Wahlagitation bemessen ist.

Der Ausfall der Wahl in England hat aber, wie schon aus diesen Zeilen hervorgeht, auch hohes Interesse für das Festland. Mit dem Sieg der Liberalen tritt eine erhöhte Bürgschaft des Friedens ein; der auch nur annähernde Sieg Chamberlains dagegen bedeutet eine Kriegserklärung auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir würden dann sehr schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen, und wer weiß, was sich alles aus diesen noch entwickeln würde. Bedeutet das Kabinett Bannerman den Weltfrieden, so bedeutet ein Kabinett Chamberlain den wirtschaftlichen Krieg! Darüber entscheidet jetzt das englische Volk.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 17. Februar am 1. Januar 1906.

Das Haus setzt die 1. Sitzung der Steuervorlagen fort. Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Wir stehen mit unserer Schuldentlastung sehr schlimm, neue Steuern sind geboten; die Reichsvermögenssteuer ist keine direkte Steuer; in Sachsen ist sie noch heute indirekte Steuer. Das Interesse des Brennereiverwesers erfordert Ruhe und deshalb können wir jetzt nicht die Liebesgaben befreien. Eine spätere Zeit muß hier mit der Reform einziehen, aber der Brunnenturm ist schon sehr stark belastet. Zum ersten Tage meiner Amtsübernahme sah ich in den Abhörsälen der Brunnenturm einen erheblichen Wasserdurchfluss und suchte diesen zu beilegen. 18.2 sah man pro Sektor 1 Mt. vor. Heute werden nur 72 Pf. tatsächlich bezahlt. Einer solchen Abhörsatzung muß entgegengewirkt werden. Je besser das Bier ist, desto mehr wird der Schnaps verdrängt und dazu dient recht wesentlich das urtopat. Die Staffelung der Biersteuer hat sich natürlich in Württemberg bewährt. Wie hat man sich 1902 in den Kreisen der Fabrikanten gegen die Schaumweinsteuer gewendet? Am Durchschnitt fällt auf der ganzen Erde auf 1 Hektoliter Bier 3,60 Mt. Steuer, bei uns im Reiche aber nur 73 Pf. (Hoch). In England wird aktuell soviel Biersteuer erhoben wie bei uns. Die neue Tabaksteuer bringt nicht solche Umlösungen wie von 1879. Erhebliche Arbeiterentlassungen sind damals nicht eingetreten und auch jetzt nicht zu befürchten, zumal wenn die Zigarettensteuer und der höhere Zoll auf Tabakwaren angewendet wird. Auch eine Verschiebung der Tabakabfertigung nach Süddeutschland ist nicht zu fürchten. In England und den Vereinigten Staaten ist der Tabak weit höher bezahlt wie bei uns. Die Verlehrsteuern sind nicht so belastend, wie man es darstellt. Sie lassen sich allesamt auf die Konsumanten abwälzen. Die Ausführungen des Abg. Singer waren nicht geeignet, die Bedenken gegen die Reichsvermögenssteuer zu beseitigen. Ich hoffe ganz bestimmt, daß in 2. und 3. Sitzung eine Einigung erzielt werden wird. — Abg. Bartsch (Nat.): Das Reich bringt seine Gelder auf durch Steuern, die geeignet sind, Unruhe zu erzeugen. Das schadet den Reichsgebäuden. 105 Millionen fallen auf Bier und Tabak, 50 Mill. auf den Verkehr und nur der Rest von 10 Prozent auf das erworbene Vermögen. Dieses Verhältnis ist nicht gerecht. Wenn Bier und Tabak auch Genußmittel sind, so muß es doch stets gewisse Genußmittel geben, um gewisse Leistungen zu erzielen. Es sind auch die einzigen Genußmittel des Volkes und deshalb bin ich gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, im Gegenzug zu meinem Freunde Böning. — Finanzminister Reehl. v. Rheindalen wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Bartsch, daß die Einzelstaaten einen Teil ihrer Eisenbahnverträge an das Reich abtreten sollen. Der ganze Bundesrat wird sich einstimmen gegen diese Steuer wenden. Die Aufgaben der Bundesstaaten machen sehr rasch, so daß diese nichts mehr abgeben können, nachdem sie auf die Reichsvermögenssteuer verzichten. Nimmt man Preußen einen Teil der Eisenbahnüberträger weg, so müssen wir die Steuern erhöhen. Die ganze Betriebsmittelgemeinschaft bringt uns nur 10 Millionen Mark Gewinn. Bei den anderen preußischen Staaten (Zurk. deutscher) parden, deutschen Staaten, sieht es ähnlich, teilweise weniger günstig als bei uns. Die Liebesgabe dient nicht den Großbetrieben des Ostens, man berechtigt hiermit politische Brunnenturmsicherung. Die kleinen Brennereien leiden am meisten unter einer solchen Aufsiedlung, namentlich im Süden und Westen. Eine Erhöhung des Bierpreises ist durch die Bierstener gar nicht nötig. 18828 Galionsfahrer und Schankwirtschaften befinden in Preußen. Die Zahl derselben ist viel zu groß. Auf 54 erwachsene männliche Personen über 18 Jahren entfällt bereits 1 Schankwirtschaft. Nach dem Ertrag eines Winchener Arbeiters mit 1880 Mt. Einkommen zahlt dieser an die sozialdemokratische Organisation 96 Mt., und dazu sage ich nur: Sapiens sat! (Viel.) — Abg. Graf Kanitz (Kons.): Nur durch eine eiserne Energie konnte Freiheit von Stengel die Sache der Reichsfinanzreform so weit fördern; aber der Bundesrat sollte sparsamer sein. Schließlich wird alles bewilligt. (Hört! Sehr gut!) Die Caviarischen Handelsverträge haben uns einen Wertverlust von 700 Mill. Mark gebracht. In allen Ländern sind die indirekten Steuern sehr hoch, auch wo die Sozialdemokratie am Ruder sind, wie in Australien. Die Gerechtigkeit muß die Grundlage der Steuerreform sein. — Abg. Barthel (Sel. Wpt.): Das Zigarettenpapier soll den höchsten Zollzusatz erhalten mit 7000 Mt. Selbst Spulen sind nicht so hoch mit Zoll belegt. Die Reichsvermögenssteuer aber

wird ein beschleunigtes Blümchen sein. Die Stempelabgaben gehören in das Gebiet der Kuriosen. — Abg. Kampf (Rkt.): polemisiert gegen die Reichsvermögenssteuer. Schließlich erklärt er sich bereit, für die Steuer zu stimmen, um die ganze Reform zu retten. — Abg. v. Gerlach (Sel. Ver.): Die neuen indirekten Steuern sind abzulehnen. Die Reichsvermögenssteuer muß auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt werden. — Hieraus wird die Fortsetzung auf Freitag 1 Uhr verlängert.

Politische Mundschau.

Dresden, den 12. Februar 1906.

— Die „Wörth. Allgem. Zeit.“ schreibt offiziell: „Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat den Versuch unternommen, das angebliche Zeugnis eines Verstorbenen gegen Sc. Majestät den Kaiser und gegen den Reichskanzler Fürst Bülow auszuspielen. Er will nämlich Kenntnis von Anklagungen des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe haben, nach denen ein Gegensatz zwischen dem Kaiser und seinem damaligen ersten Berater bei der Beziehung von Kiautschou bestanden habe. Die „Times“ schreibt dabei dem verstorbenen Fürsten Mitteilungen über Erwerbspläne des Kaisers unter, die sich ohne weiteres als Errfindungen bezeichnen lassen. Wie sich aus den Alten ergibt, und auch sonst in maßgebender Weise bezeugt ist, hat gerade in der Behandlung der chinesischen Frage zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe rücksichtlose Einmütigkeit bestanden. Ebenso wenig Glaubwürdigkeit darf der „Times“-Korrespondent für die Bemerkung beanspruchen, die er dem Fürsten Hohenlohe über seinen Nachfolger in den Mund legt.“

— Der verstorbene frühere preußische Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Thielen, ist am 30. Januar 1832 zu Wölfel geboren. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsassessor in Arnsberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion in Elberfeld und 1887 in Hannover. 1891 wurde er am Stelle Maybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welchen Posten er bis zum 23. Juni 1902 inne hatte. 1900 wurde ihm der Adelstitel verliehen. Die Blätter widmen ihm sämtlich einen ehrenden Nachruf. Der „Staatsanzeiger“ schreibt: „Die Ministerlaufbahn Karl v. Thielens ist ausgezeichnet durch große Erfolge auf weiten Gebieten seines amtlichen Wirkens, vor allem des Eisenbahnwesens. Minister v. Thielen besaß für die Bewältigung der Aufgaben seines weiten, vielfassenden Ressorts besonders glückliche Eigenschaften. Er war ausgestattet mit großen Gaben des Geistes und des Herzens und vereinigte in sich eine hervorragende Fachkenntnis und hohe praktische Gewandtheit mit einer herzgewinnenden Liebenswürdigkeit, die ein jeder erfuhr, der mit ihm in Verbindung kam. Seinem inneren Wesen entsprach die stete Fürsorge für das große Heer der ihm unterstehen Beamten, deren Liebe und Verehrung er in hohem Maße genoss.“ Der Kaiser hat der Witwe v. Thielens folgendes Telegramm gesandt: „Ich bitte Sie, den Ausdruck Meiner tiefsinnigsten Teilnahme und Meines wärmen Mitgefühls entgegenzunehmen. Der vielfachen und großen Verdienste Ihres heimgegangenen Gemahls sowie seiner treuen Mitarbeit werde ich stets dankbar gedenken. Möge der Allmächtige Sie und die Ihrigen in ihrem großen Schmerze trösten.“ Oberleutnant v. Thielen, ein Sohn des Verstorbenen, empfing ebenfalls ein kondolenz-Telegramm vom Kaiser.

— Die Budgetkommission des Reichstages setzte am 11. d. M. die Beratung des Poststabs fort. Müller-Zulda (Bl.) forderte Einschränkung der Portofreiheit der Fürsten. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsassessor in Arnsberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion in Elberfeld und 1887 in Hannover. 1891 wurde er am Stelle Maybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welcher die Poststabswohl das Recht für solche Portofreiheit, aber beide müßten eben geändert und abgelöst werden. Die Sache werde heute für geänderte Unternehmungen der Fürsten ausgenügt, was nicht im Sinne des Gesetzgebers liege. Die Reichstagsangelegenheiten müßten kräftig befreit werden. Die Portofreiheit der Soldatenpäckchen bis zu 5 Kilogramm entspricht einem allgemeinen Volkswunsch. Wederhalb werde in Herbertshöhe (Neu-Guinea) nicht mehr angehalten seitens der Postdampfer, sondern nur im Simphonhafen? Staatssekretär Krätschke vertrat Untersuchung dieser Aenderung und hielt eine Änderung des Gesetzes für Portofreiheiten für geboten. Dr. v. Jodziewski (Pole) beklagte sich über Chikanen der Post in den polnischen Gegend; manches sei besser geworden. Wattmann (W. Ver.) schließt sich den Anträgen des Zentrums an. Unterstaatssekretär v. Sydow macht Ausführungen über die heutige Verteilung der Telefonsäulen zwischen Stadt und Land; in Orten mit 5–50 Ansiedlungen kostet das Gespräch 10,7 Pf., in Orten mit über 200 Ansiedlungen aber 3,7 Pf. Man plane die Einführung eines modernen Zählers. Prinz v. Arenberg beantragt, daß die Verteilung der Kosten zwischen Stadt und Land eine bessere werde, jetzt müsse letzteres zu viel bezahlen. Die Resolution des Zentrums wurde mit großer Mehrheit angenommen, dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, welche für das Land nicht die gerechte Verteilung geben wollen. Die Anträge auf Umwandlung der Bestellgelder in höhere Portofreiheiten und Untersuchung über die Portofreiheit der Fürsten wurden angenommen. Müller-Zulda fragt an, wie der Zeitungsverleih sich rentiere. Staatssekretär Krätschke hält eine solche Berechnung für nicht möglich, aber meint, daß sich